

Die Homberger Dienstwagenaffäre

Durch die Ermittlungen im Akteneinsichtsausschuss steht fest, dass **Bürgermeister Wagner** u. a. durch Falscheintragungen in ein Fahrtenbuch des Bauamtes (Verdacht: „**Urkundenfälschung**“) sowie durch mehrfaches, wiederholtes **Belügen** der Öffentlichkeit, der Presse und des Parlaments versucht hat, die von ihm angeordnete ordnungswidrige Fahrt nach Tirol zu **vertuschen**.

Was bisher im Akteneinsichtsausschuss ermittelt wurde:

1. Am 19.3.2009 wurde ein CDU-Stadtverordneter auf Weisung von Bürgermeister Wagner aus dem **Skiurlaub** im ca. 600 km entfernten Serfaus (Tirol) abgeholt.

Wissenswert in diesem Zusammenhang ist, dass es in keinem Fall die Aufgabe des Bürgermeisters ist, Angehörige irgendeiner Fraktion zu einer seit Monaten geplanten Regelsitzung des Parlaments aus deren Urlaub abholen zu lassen.

Im Gegenteil: Hier **verstößt er gegen seinen Amtseid**, mit dem er unparteiisches Handeln zum Wohle aller geschworen hat.

Tatsache ist, dass es Aufgabe der Stadtverordneten ist, selbst dafür zu sorgen, dass sie an den Sitzungen teilnehmen können. Eine Anreise aus dem Urlaub zu einer Regelsitzung des Parlaments wäre also Privatsache. Man stelle sich vor, dass künftig jeder Abgeordnete auf Kosten der Stadt vom Urlaubsort irgendwoher anreisen würde....! Wie ein Bürgermeister dazu kommt, den Bürgern vorzugaukeln, er hätte auf diese Weise der Stadt Geld sparen wollen, ist und bleibt ein absolutes Rätsel. Ein SPD-Abgeordneter war übrigens zeitgleich im Urlaub in Spanien. Er wurde nicht abgeholt...

Einen Tag nach der Sitzung berichtet die Hessisch Niedersächsische Allgemeine (HNA):

HNA 29. 05. 2009

Bürgermeister Martin Wagner äußerte sich am Donnerstag wie folgt zu den Vorwürfen um die Dienstwagen-Nutzung: ... „Meine Prüfung ergab, dass es kostengünstiger ist, mit dem Dienstfahrzeug des Hauptamtes, was ich auch privat nutzen kann und für das ich monatlich - neben der Besteuerung - bezahle, dass ein Bekannter, der auch städtischer Bediensteter ist, in seiner Freizeit den betreffenden Stadtverordneten abholt.

Transportkosten des Fahrers hat die CDU Homberg getragen...."

Der gleiche Wortlaut ist im Protokoll der Parlamentssitzung vom 28.5.09 nachzulesen.

2. Die Fahrt erfolgte jedoch gar **nicht**, wie mehrfach von Bürgermeister Wagner beteuert, mit dem Bürgermeister-Dienstfahrzeug, sondern mit einem Fahrzeug des städtischen Bauhofes (Opel Corsa, HR-HR-303). Die **Falschaussagen** hierzu in Presse und Ausschuss habe BGM Wagner wegen ... "gesundheitlicher Probleme" und Stress" getroffen – dies teilte er dem Akteneinsichtsausschuss schriftlich mit:

09. Juli 2009

Sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender Krannich,

in der letzten Sitzung wurde ich mehrfach von Ausschussmitgliedern gefragt. Wegen der Fülle der Dienstgeschäfte und gesundheitlicher Probleme, bin ich mir nicht sicher, ob ich alle Fragen richtig verstanden habe und möchte deshalb klarstellen, dass die Fahrt zur Abholung des Stadtverordneten Walther nach meiner Kenntnis mit dem städtischen Fahrzeuges HR-HR 303 erfolgte. Sollte ein anderer Eindruck entstanden seien, bedauere ich dies.

Mit freundlichen Grüßen Martin Wagner

3. Aus dem Fahrtenbuch (Ein Fahrtenbuch ist eine Urkunde!) dieses besagten Opel Corsa wurde eine **Seite herausgetrennt**. Diese fehlende Seite wurde dem Ausschuss seitens der **Kriminalpolizei** vorgelegt. Sie enthält u. a. unvollständige Angaben zu angeblichen Fahrten nach Karlskron und Celle. Diese Einträge wurden teilweise durchgestrichen.

Auszug aus dem Strafgesetzbuch: **§ 267 Urkundenfälschung**

(1) Wer zur Täuschung im Rechtsverkehr eine unechte Urkunde herstellt, eine echte Urkunde verfälscht oder eine unechte oder verfälschte Urkunde gebraucht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

4. Die Folgeseite des Fahrtenbuches enthält u. a. Eintragungen über 2 Fahrten, die von Bürgermeister Wagner **persönlich unterschrieben** wurden:

Rathausgasse 34576 Homberg – Probfeld 18 85123 Karlskron

Kosten	35.34 EUR
	Autobahngebühren 0.00 EUR
	Benzinkosten 35.34 EUR
Zeit	03h26 davon 02h59 auf Schnellstraßen
Distance	387 km davon 359 km auf Schnellstraßen

a:

Danach sei er selbst mit dem Opel Corsa am 19.3.09 exakt 700 km von Homberg nach Karlskron (bei Ingolstadt) gefahren und

b:

am 21.3.09 genau 500 km von Homberg nach Celle.

Auch der Routenplaner beweist, dass die Entfernungsangaben keinesfalls stimmen können.

Die Einträge erfolgten zudem **ohne** Angaben von Abfahrts- bzw. Ankunftszeiten. Das Fahrtenbuch wurde zwischenzeitlich durch die Staatsanwaltschaft Kassel **sichergestellt**.

Nachgewiesen ist mittlerweile, dass diese Fahrten **nicht** mit dem Opel Corsa erfolgt sind und dass die Entfernungsangaben ebenfalls gefälscht sind.

Ob die vom Bürgermeister angegebenen Fahrten überhaupt stattgefunden haben, ist **ungewiss**.

5. Die Fahrtkosten insgesamt übersteigen den Preis einer Bahnfahrkarte bei weitem und wurden **nicht**, wie von Bürgermeister Wagner behauptet, von der CDU Fraktion übernommen sondern gehen zu Lasten der Stadt Homberg.

6. „Schwarzfahrt?“. Der beauftragte Fahrer war ein zu diesem Zeitpunkt befristet beschäftigter Arbeiter der Stadt Homberg, der sich heute in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis befindet. Die Fahrt wurde während seiner Freizeit durchgeführt, was bedeutet, dass für die Fahrt möglicherweise kein Versicherungsschutz bestanden hat. Bürgermeister Wagner hat seinen Mitarbeiter somit zu einem **Dienstvergehen** aufgefordert.

7. Offenbar wurden dem Ausschuss **nicht alle Unterlagen** vorgelegt, so zumindest äußerte sich Bürgermeister Wagner im Ausschuss. Gegebenenfalls führen die **Ermittlungen der Staatsanwaltschaft** zu weiteren Ergebnissen. Bis zum Auftauchen dieser Akten ruht der Akteneinsichtsausschuss.

8. Januar 2010: Die Staatsanwaltschaft Kassel teilt mit, dass eine neue Bearbeiterin sich um die Fälle (es wird noch in einer weiteren Angelegenheit gegen Bürgermeister Wagner ermittelt) kümmern würde. Daher könne sich die weitere Aufklärung durchaus noch ca. 5 Monate hinziehen. BGM Wagner wird durch die Rechtsanwaltskanzlei des Hessischen Innenministers **Bouffier (CDU)** in Gießen vertreten.

9. Die Landtagsfraktion der SPD Hessen hat eine **parlamentarische Anfrage** zu den schleppenden Ermittlungen und zur Rolle des Innenministers in dieser Affäre gestellt. Eine Antwort durch die hessische Landesregierung steht noch aus.

Wir setzen uns dafür ein, dass die **Bürgerinnen und Bürger Hombergs** selbst **entscheiden** dürfen, ob sie diesen Bürgermeister weiter im Amt belassen wollen. Dazu wird nach Vorlage der Ermittlungsergebnisse ein **Antrag auf Abwahl** gem. § 76 Abs. 4 HGO eingeleitet, der vom Parlament mit einer 2/3 Mehrheit unterstützt werden muss.